

Anzeigepflichten (§ 37 - 37 i WaffG)

Der Erwerb erlaubnispflichtiger Waffen und Munition löst eine unverzügliche Anzeigepflicht bei der zuständigen Behörde aus. Ausschlaggebend ist die Inbesitznahme bei ...

Tod des Waffenbesitzers im Wege der Erbfolge (siehe dazu auch [Nr. 17.1](#)) oder als Nachlassverwalter

Fund o. ä.
Verpflichtung nach § 965 BGB zur Fundanzeige

Amtlicher Tätigkeit
z. B. Insolvenzverwalter, Nachlassverwalter

Maßnahmen der Behörde bei Anzeige

Sicherstellung
(= vorübergehende Maßnahme)

Anordnung der Unbrauchbarmachung
(um Verursachung von Schäden durch die angezeigte Waffe zu verhindern)

Überlassen an Berechtigten

Abhandenkommen einer Waffe oder Erlaubnisurkunde (§ 37 b Abs. 3 WaffG)

Das Abhandenkommen (= Verlust der tatsächlichen Gewalt) einer Waffe, Munition oder Erlaubnisurkunde ist der Waffenbehörde unverzüglich anzuzeigen. Die Waffenbehörde ist dann verpflichtet, die örtliche Polizei zu informieren ([§ 37 b Abs. 5 WaffG](#)), damit möglichst schnell Ermittlungen über den Verbleib der abhandengekommenen Gegenstände eingeleitet werden können.

Inhaber waffenrechtlicher Erlaubnisse und Bescheinigungen sind verpflichtet, bei ihrem Wegzug ins Ausland ihre neue Anschrift der zuletzt für sie zuständigen Waffenbehörde mitzuteilen.